

Silvianer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 36

Donnerstag den 5. Mai 1921

3. [46.] Jahrgang

Was uns nützt.

Im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen wohnen ungefähr eine Million deutscher Staatsbürger, welche nahezu auf alle Provinzen verteilt sind. Die überwiegende Mehrheit siedelt auf dem flachen Lande und ist dort schon seit altersher bodenständig.

Als älteste Ansiedler dürfen die Bewohner der Sprachinsel Kočevje in Unterkrain gelten, deren Vorfahren im Laufe des 14. Jahrhunderts aus den bayrisch-österreichischen Sprachgebieten in diese Gegend verpflanzt wurden und die damals unzugänglichen Wäldungen im steten Kampfe mit Bär und Wolf urbar machten. Die ersten Spuren deutschen Wirkens reichen sogar schon in das 13. Jahrhundert zurück, denn eine Urkunde aus dem Jahre 1249 erwähnt bereits zwei gottscheerische Ortschaften in lateinischer Verbalhornung.

In verhältnismäßig viel späterer Zeit, nämlich vor etwa 100 bis 150 Jahren, gingen andere große Züge deutscher Kolonisten aus oberdeutschen Gauen in das frühere Südungarn, entwässerten die Sümpfe und schufen auf den brachgelegenen Ebenen wogende Getreidefelder und blühende Gemeinwesen. Jüngeren Datums sind die deutschen Kolonien in Bosnien, die erst nach Angliederung dieser türkischen Provinz an die ehemalige Monarchie gegründet wurden.

Das Deutschtum in diesen Gebieten ist seiner Natur nach überwiegend bäuerlich und hat es, wenn wir etwa von der Stadt Kočevje, Werschaß u. ä. absehen, im großen und ganzen nicht zu größeren Städtebildungen gebracht. Ein eigentlicher deutscher Bürgerstand fehlte, da die Intelligenz in den Städten von der herrschenden magyarischen Nation bestritten wurde, die den Zuwachs aus den deutschen Landgemeinden größtenteils aufzog.

Ein galanter Handel.

Novelle aus der Rokokozeit von Hansi Rubin.

Die Marquise Saint Pierre war Witwe geworden. Ihr Gemahl hatte bei einem Jagdunlück sein junges Leben eingebüßt und seine angebetete Adrienne in einem Meer von Tränen und unbezahlten Schulden zurückgelassen.

Die Tränen versiegten bald, weil es der Marquise um ihre schönen Weichenaugen leidtat, aber die Forderungen konsejten der Gläubiger wollten nicht aufhören. Auf ein reizendes Landhaus in Bordeaux, von dem aber kein Dachziegel mehr ihr gehörte, hatte sie schon schweren Herzens Verzicht geleistet und war gänzlich nach Versailles in ihre Stadtwohnung übersiedelt.

An ein kostspieliges Leben gewöhnt, fiel es der Marquise nun außerordentlich schwer, sich einzuschränken, und besonders in Versailles, wo es an glänzenden Festen nicht fehlte, zu denen ihre zahlreichen Bekannten sie in der liebendwürdigsten Art einluden, so daß eine Ablehnung geradezu beleidigend gewesen wäre. Der jungen und schönen Marquise Saint Pierre fiel es auch gar nicht ein, solche Einsparungen anzuschlagen, obgleich ihre alte Tante, die Gräfin Villard, sie stets mütterlich besorgt ermahnte:

„Kind, dein Leichtsinns ist sträflich! Du kleidest dich in Samt, Seide und Spitzen nach der neuesten Mode und du weißt nicht, mit was du den Schneider, den Schuster und die Putzmacherin bezahlst wirst. Dein lieber Germain hätte auch klüger getan, beizeiten

Anders stehen die Verhältnisse im Norden Sloweniens, wo das Deutschtum sich seit Jahrhunderten hauptsächlich in den Städten und Märkten konzentrierte und sonach ein bürgerliches Gepräge hatte. An einem eigentlichen Hinterlande gebrach es allerdings, da die feinerzeit bestehende Bauernsiedlung im Samtale (Zalec) im Laufe der Zeit an die slowenische Umgebung angeglichen wurde. Infolge der engen staatsrechtlichen Verbindung durch mehr als 1000 Jahre mit den benachbarten deutschen Alpenländern fand speziell in Untersteiermark ein fortwährendes Zueinanderfließen des deutschen und slowenischen Volkselementes statt. So ist es zu erklären, daß in diesen Gegenden der Klang der Namen nicht ausschlaggebend ist für die Nationalität der Namensträger, sowohl auf der einen als auch auf der andern Seite. Wenn auch unzweifelhaft das Deutschtum aus nationalen Mischungen Zugang erhalten hat, so ist doch andererseits nicht zu leugnen, daß dies in fast noch höherem Maße auch umgekehrt der Fall war. Jedenfalls haben die Deutschen in den untersteirischen Städten und Märkten mangels einer bäuerlichen Basis eine verhältnismäßig geringe Widerstandskraft bewiesen und auch unter der altösterreichischen Herrschaft fortwährend an Boden verloren.

Die Zahl der deutschen Bevölkerung im ganzen Königreiche ist bisher noch nicht genau festgestellt worden und wird sich wohl auch kaum ziffernmäßig einwandfrei erfassen lassen, da über die Frage, ob für die Volkszugehörigkeit eines Menschen die Abstammung oder das Bekenntnis zu entscheiden habe, bei den zahlreichen Mischungen eine Einheitlichkeit in der Praxis noch nicht erzielt wurde. Die früher angegebene Kopzziffer von einer Million beruht auf einer bloßen Schätzung und hat niemand Geringeren als den Bürgermeister von Ljubljana Dr. Ivan Tavčar zum Gewährsmann.

zu sparen, um dich nicht in Not und Elend hier sitzen zu lassen!“

Bei dem Hinweis auf ihren toten Gemahl rief die Marquise mit einem tiefen Seufzer: „Ach, Germain verstand es, das Geld stets in der liebendwürdigsten Weise auszugeben, wie hätte ich ihm da einen Vorwurf machen sollen! Sein letztes Geschenk war noch Bijou, mein Händchen, das nur mit Süßigkeiten gefüttert werden will.“

Wie die Marquise den Namen „Bijou“ ausgesprochen hatte, kam aus dem Nebenzimmer ein zierliches Windspiel gelaufen und sprang winselnd auf den Schoß seiner Herrin, die es sogleich mit Schokoladenbonbons zu füttern begann. Kopfschüttelnd sagte die alte Gräfin: „Meine Liebe, ich dränge dir meine Ratschläge nicht auf, aber du wirst noch an meine Worte denken!“ und sie rauschte hinaus, von Bijous wütendem Gefläch begleitet, der sich seine Pralinen nicht gern neiden ließ.

Drei Tage nach dieser Unterredung bekam die Marquise eine Rechnung im Betrage von 800 Louis, die binnen vierzehn Tagen beglichen werden sollte. Nun brach die schöne Adrienne in Tränen aus, rang verzweifelt die Hände, drückte das duftende Spizentüchlein an die nassen, weichenfarbenen Augen und zerbrach sich ihren reizenden, eigenwilligen Kopf darüber, wo sie die 800 Louis so rasch herzaubern sollte. Die Jose Toinette, von dem Jammer ihrer Herrin gerührt, wagte

Ein gemeinsames Band zwischen den Deutschen im S. S. Staate hatte naturgemäß bisher nicht bestanden. Selbst in dem heutigen Slowenien hatten die Deutschen in Steiermark und jene in Krain wenig Berührungspunkte, da die ersteren politisch und wirtschaftlich nach Graz gravitierten, während die letzteren im ehemaligen Kronlande Krain ihrerseits sich nach der slowenischen Hauptstadt orientierten. Die Gottscheer besonders, die infolge der Unwirtlichkeit ihres Waldlandes und der Eigenart ihrer Sprache bis zur Bahneröffnung ein abgegliedertes Dasein führten, haben bis zum Umsturze wenig Beziehungen mit den übrigen Deutschen im alten Oesterreich unterhalten.

Wenn schon bloße Landes- und Bezirksgrenzen Hindernisse für einen regeren Verkehr zwischen den Deutschen in dem slowenischen Gebiete darstellten, so bildeten die Grenzen zwischen den beiden Hälften der Habsburgermonarchie um somehr fast unübersteigbare Schranken für irgendeine Gemeinsamkeit. Ja, es gibt noch heutzutage viele Deutsche in Slowenien, für welche die geographischen Bezeichnungen Banat, Batschka, Warania, Syrmien usw. inhaltslose Begriffe sind: von einer näheren Kenntnis von Land und Leuten erst gar nicht zu reden.

So wie nun nach der Gründung des südslawischen Staates die historischen Grenzen zwischen den drei slawischen Brudervölkern gefallen sind, müssen sich auch die Deutschen in diesem Königreich zu einer Volksgemeinschaft zusammenfinden und sich die Hände über alle künstlichen Hindernisse hinweg reichen, zur gemeinsamen Arbeit am Aufbau des neuen Vaterlandes und zur Erhaltung und Kräftigung des eigenen Volkstums. Während die Deutschen in der alten Monarchie ihre Blicke nach den beiden Brennpunkten des staatlichen Lebens, Wien und Budapest, richten mußten, sind ihre neuen Bestrebungen im neuen

schließlich zu raten: „Madame sollten den rosa Salon verkaufen, der fast unbenützt steht!“

„Wie, den Salon, meinen Lieblingsraum mit den vielen Nippes — unerhört!“ Die Marquise war tief enttäuscht. Dieser Salon, der ganz in Rosa und Gold gehalten war, vergoldete Sessel und ein Tischchen, auf dem eine Anzahl Watteau'scher Schächer und Schächerinnen in entzückenden Szenen standen, besaß, war früher einmal ein von der Marquise und ihrem Gemahl vielbenützter Aufenthaltsort gewesen und erst in letzter Zeit mehr gemieden. An seine Veräußerung war schon pietätshalber nicht zu denken, denn in diesem Salon, von dessen Decke Cupido mit einer roten Laterne in der Hand herabhing, hatte die Marquise ihre Flitterwochen verbracht.

Als aber der Zahlungstag für die 800 Louis immer näher heranrückte und die Marquise kein anderes Mittel, um ihn zu begegnen, sich ersinnen konnte, da griff sie zuletzt doch nach dem Vorschlag ihrer Jose wie nach einem rettenden Strohhalme.

Am nächsten Morgen hing eine Tafel vor dem Haustor, auf der zu lesen stand, daß „die Marquise Saint Pierre im 3. Stock einen distinguierten Salon zu verkaufen wünsche“.

Sie selbst hatte sich ein reizendes Hauskleid zurechtgelegt, an dessen Spizentüchlein eine duftende La France befestigt war und empfing die Käufer sitzend in einem rosa-seidenen Fauteuil. Bijou auch bekam um sein golddurchwirktes Halsband eine rosa Schleife gebunden.

Staate in die eine und einheitliche Richtung nach Beograd geleitet worden.

Die Zahl der Deutschen in Südslawien, die ein Dreizehntel der Gesamtbevölkerung ausmacht, ist ein so wichtiger Faktor in der Politik, Volkswirtschaft und Kultur unseres Vaterlandes, daß keine Regierung ihre werktätige und bekannt staatserkaltende Mitarbeit wird missen können und wollen. Die gegenwärtige Ausschließung der Deutschen, die durch deren Optionsberechtigung formell begründet sein mochte, wird vor der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Staatsbürger in sich zusammenfallen, so daß auch sie ihre eigenen Vertrauensmänner in die parlamentarischen Vertretungskörper entsenden werden. Denn Jugoslawien wird hinter der Tschechoslowakei und Rumänien nicht zurückstehen können, die ihren Minderheitsdeutschen schon in den ersten Parlamenten alle staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt haben, und kann durch das Beispiel Italiens, das den neuen Staatsbürgern slawischer und deutscher Zunge die Wahl eigener Vertreter gewährt, in diesem Vorhaben nur bestärkt werden.

Die Ausdehnung der politischen Gleichberechtigung auf die deutschen Staatsbürger wird verlässlich über kurz oder lang erfolgen und darf uns nicht unvorbereitet finden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Deutschen in diesem Staate, das bisher so gut wie fehlte, muß alle Teile unseres Volkstums durchdringen und in einer einheitlichen Richtung zusammengefaßt werden.

Ein einzelner Mensch gilt nichts. Er ist macht- und hilflos. Seine Stärke schöpft er aus der Familie und die Familien haben ihren Rückhalt im Volke. Ebenso wie sich die verschiedenen Stände zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenschließen, müssen auch die Angehörigen einer und derselben Volksgemeinschaft sich vereinigen, um ihre Bestrebungen im Rahmen des Staatsganzen geltend zu machen. Die Vorbedingung hierzu ist die Schaffung einer politischen Organisation, mit deren Vorarbeiten nicht früh genug begonnen werden kann.

Was auf kulturellem Gebiete durch die Gründung des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes angebahnt wurde, das muß in politischer Hinsicht durch die Schaffung einer einheitlichen deutschen Partei nachgeholt werden. Selbstverständlich ist es, daß der Anstoß hierzu gleichfalls von unseren schwäbischen Brüdern in der Wojwodina auszugehen hätte, denn wir Deutsche in Slowenien gleichen zerstreuten Fährlein, welche einer gemeinsamen Direktive untergeordnet werden müssen.

Da meldete die Zofe: „Der Chevalier von Bouvet!“ und ließ einen eleganten jungen Mann in violettem Frack und einer guttenden weißen Zopfperücke eintreten, der sich ehrerbietig von der Marquise verneigte. Der Chevalier von Bouvet besaß nicht nur vollendete Bildung und das was man in damaliger Zeit Esprit nannte, sondern auch kolossale Reichtümer, war lebhaft und galt allgemein als ein sehr galanter Kavallerier. Er hatte die Absicht, den rosa Salon für eine seiner zahlreichen Freundinnen, eine Schauspielerin, zu kaufen.

Wie er nun die schöne Marquise gewährte, aus deren hochtoupiertes Frisur sich einige goldblonde Locken hervorgestohlen hatten, die nun zierlich geringelt auf ihrer glatten weißen Stirn lagen, dahinter ebenso zierliche und kapriziöse Gedanken wirbelten, da fing sein leichtentzündliches großes Herz sogleich wieder Feuer und sein Handfuß fiel daher ebenso artig wie glühend aus:

„Gestatten Sie, Marquise, daß ich Ihnen meine Hochachtung und Verehrung zu Füßen lege“, begann er, „ich habe Ihren verstorbenen Gemahl, den edelmütigen Germain gekannt und seine Vortrefflichkeit sichert ihm stets ein ehrendes Andenken in meiner Brust. Was nun Sie betrifft, Marquise, so befehlen Sie ganz über mich und gestatten Sie mir, die Freundschaft, die ich für Germain hegte, nunmehr auf Sie zu übertragen, Marquise!“

Adrienne brückte ihr Spitzentüchlein an die Wimpern und indem sie dem jungen Manne einen zärt-

Mag die Zahl der Deutschen in Slowenien zur Erreichung einer Vertretung im Beograder Parlament hinlänglich sein oder nicht, jedenfalls sind wir sicher, daß unsere Wünsche und Bestrebungen an den Schwaben Stütze und Förderung haben werden.

Das Dichterwort „Ein einzig Volk von Brüdern“ wird dann auch auf uns Deutsche in Jugoslawien angewendet werden können.

Tirol.

Mit überwältigender Mehrheit hat sich Tirol für den Anschluß an das deutsche Mutterland ausgesprochen. Von rund 170.000 Stimmen waren 144.342 Ja und 1794 Nein. Die Beteiligung betrug 88 und die Mehrheit 98-99 Prozent, so daß von allen in Tirol Stimmberechtigten sich 85 Hundertstel für den Anschluß ausgesprochen haben. Noch nie ist der Gesamtwille eines Volkes in so überzeugender Weise vor der Welt kundgetan worden, in einer Zeit der bittersten Not ist er ein weithin fallender Ruf zur Vereinigung der deutschen Volksstämme in einem Reiche.

Die Wirkung dieses Ergebnisses ist eine zweifache. Zunächst wird die deutschösterreichische Bundesregierung genötigt, nunmehr den Gesetzentwurf über die allgemeine Volksabstimmung dem Nationalrat vorzulegen, andererseits wird aber mit der im Auslande verbreiteten Legende ausgeräumt, daß die Anschlußbewegung in Deutschösterreich künstlich gemacht sei, daß sie Sache einer einzelnen Partei sei oder gar vom Deutschen Reiche organisiert werde. 85 Prozent aller stimmberechtigten Tiroler lassen sich nicht von einer Partei kommandieren oder vom Auslande aus führen. Eine solche Mehrheit kann sich nur daraus ergeben, daß der Anschlußgedanke tief im Herzen der gesamten Bevölkerung Deutschösterreichs wurzelt, ohne Unterschied der Partei, und daß er ihr ganzes politisches Denken erfüllt. Darin liegt die große Bedeutung der Tiroler Abstimmung, daß sie die Lüge zerstört hat, mit der Frankreich die Konfiszierung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschösterreichs zu bemänteln sucht: Frankreich sei dadurch, daß es den Anschluß verhindere, der Dolmetsch des eigentlichen Willens der deutschösterreichischen Bevölkerung und der Selbständigkeit des in Saint Germain geschaffenen Staates.

Wenn Tirol mit dem klar ausgedrückten Willen seiner Bewohner vor die Welt hingetreten ist, so darf man das nicht mit dem Schlagwort Sonderbestrebungen der einzelnen Bundesländer zu erklären suchen. Tirol, das durch den Frieden von Saint Germain seines schönsten und fruchtbarsten Teiles beraubt wurde, empfindet die Härten des unnatürlichen Zustandes eines selbständigen Oesterreich am schärfsten. Als Gebirgsland ist es außerstande, die Ernährung seiner Bewohner sicher zu stellen; im Norden, Westen und Süden ist es von Staaten umgrenzt, die eine hochwertige Valuta haben und die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel stei-

lich schmachenden Blick zuwarf, entgegnete sie mit süßer Stimme:

„Ach, Chevalier, wenn Sie wüßten, wie Ihre Worte in meiner Einsamkeit mich treffen und in meiner Lage...“ Sie gebrauchte beim Weinen ihr Spitzentüchlein. Tröstend faßte der Chevalier nach ihrer Hand, die sie ihm willig überließ: „Aber Marquise, Sie zweifeln doch hoffentlich nicht an meiner Aufrichtigkeit! Es ist mir eine hohe Ehre, Ihnen dienen zu dürfen“ und er küßte zum zweitenmal galant ihre Hand, von der er den Spitzentüchlein etwas weiter zurückhob. Die Marquise dankte ihm mit einem tiefen Seufzer und dann kam sie auf die Schuldbforderung der 800 Louis zu sprechen und gestand ihm, wie schmerzlich sie der Verlust des rosa Salons berührte. Da sagte der Chevalier, indem er Adrienne sanft neckte: „Ich bitte Sie, Marquise, um die Adresse Ihres Gläubigers und Sie werden mir gestatten, daß ich jene Schuld begleiche. Es geschieht aus Freundschaft für Ihren toten Gemahl und weil ich —“ bei diesen Worten legte er sanft seinen Arm um die regungslos dastehende Marquise — „in Ihrem rosa Salon auch gern glücklich sein möchte!“

Dieser Handel kam der schönen Marquise gar nicht unerwünscht und ein glühender Kuß besiegelte den Kaufvertrag.

So hatte der Chevalier von Bouvet um 800 Louis den rosa Salon mitsamt der reizenden Marquise erstanden und seinen zahlreichen Freundinnen eine neue angefligt.

gen ins Ungemessene. Die hohen Zollsätze auf der Verkehrsline von Norden nach Süden, die Lage im äußersten Westen der Republik und die dadurch verteuerte Wareneinfuhr schufen einen Zustand wirtschaftlicher Trostlosigkeit, der gebieterisch eine Aenderung verlangt.

Die Entente, die den verstümmelten, von allen natürlichen Hilfsquellen abgeschnittenen Staat mit bloßen papierernen Versprechungen und kostspieligen Kommissionen zwischen Leben und Sterben hinkämmern ließ, setzte alle Mittel in Bewegung, um die Wirkung der Tiroler Abstimmung vor dem Tribunal der Weltmeinung zu paralysieren.

Wenn am selben Tage in Bozen eine zugereifte Horde italienischer Faschisten Handgranaten in einen harmlosen Tiroler Trachtenanzug wirft, so ist das nicht lediglich ein Akt blinder Prätorianerherrschaft gegen nationale Minderheiten, sondern das Resultat einer weitgehenden überlegten Propagandatätigkeit. In Finnland hatten es die Faschisten erzwungen, daß bei den Gemeinbewahlen nur zwei Listen aufgestellt werden durften, eine italienisch-unionistische und eine italienisch-autonomistische, so daß alle Nichtitaliener sich entweder der Wahl enthalten oder für eine der beiden italienischen Listen stimmen mußten. Durch das Blutbad in Bozen wollten die Faschisten offenbar die bevorstehenden Wahlen in Südtirol in ähnlicher Weise einleiten. Ursprünglich eine Abwehrorganisation gegen den sozialistischen Terror, sind die sogenannten Faschi zu Sammelpunkten aller chauvinistischen Elemente und Abenteurer geworden und dadurch stark unter den Einfluß der französischen Propaganda geraten. Ebenso wie diese Faschistenbanden benutzt, um zwischen Italien und unserm Staat fortgesetzt Haß und Zwietracht zu säen, so verfolgt sie mit denselben Mitteln denselben Zweck auch in Südtirol. Denn die französische Machtpolitik im Südosten beruht im wesentlichen darauf, daß sich zwischen Italien und seinen Nachbarn unausgesetzt neue Differenzen ergeben. Die mit französischem Gelde bezahlten oberitalienischen Blätter haben seit Wochen schon wegen Tirols gehetzt und es unterliegt keinem Zweifel, daß die blutigen Ergeüsse in Bozen letzten Endes mit französischem Gelde finanziert worden sind. Die italienischen Behörden werden dadurch natürlich nicht entlastet, wenn sie auch jetzt nach geschehenem Unglücke einige Mordbuben verhaften und den Vorfall in der Regierungspreffe bebauern lassen. Sie haben vorher volle Kenntnis von den Vorbereitungen des heimtückischen Ueberfalles gehabt und haben trotzdem alles unterlassen, um das Blutbad zu verhindern.

Die Schwäche der italienischen Regierung gegenüber der französischen Propaganda kann auf die internationale Stellung Italiens nicht ohne Einfluß bleiben. Seine auswärtige Politik stützt sich heute auf ein enges Einvernehmen mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien und es hat ein großes Interesse daran, auch mit Deutschösterreich in guter Nachbarschaft zu leben. Ist die italienische Regierung nicht imstande, die französische Hege auf italienischem Boden zu unterdrücken, dann würde der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen sehr bald jedes Interesse an der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Italien verlieren. Die kleine Entente würde rekonstruiert werden und es würde sich zeigen, daß ihr Stützpunkt Rom sehr leicht durch einen anderen ersetzt werden könnte.

Daß Deutschösterreich infolge der großen politischen Bedeutung seiner zentral-europäischen Lage trotz der gegenwärtigen Haltlosigkeit seiner Verhältnisse noch eine bedeutende, wenn auch vorläufig mehr oder wenig passive Rolle in der internationalen Politik zu spielen vermag, haben die Habsburgerkombinationen, die plötzliche Berufung des Bundeskanzlers Dr. Mayr nach London, die krampfhaft Beflissenheit der Entente, das unnatürliche Staatswesen künstlich am Leben zu erhalten, und der siegreich durchgeführte Kampf um die Tiroler Abstimmung bewiesen. Die Tiroler Volksabstimmung ist eine elementare Manifestation des Willens der Deutschösterreicher, sich mit dem deutschen Mutterlande zu vereinigen.

In Tirol hat vor nunmehr über 100 Jahren eine Bewegung ihren Anfang genommen, deren Ende die Befreiung Europas von der napoleonischen Zwingherrschaft war. Der starke Geist lebt auch heute noch in den Tiroler Bergen und leicht kann es sein, daß die Vereinigung der deutschen Stämme, der Traum von langen Jahrhunderten, zur Wahrheit wird durch die erlösende Tat des Landes Tirol.

Politische Rundschau.

Inland.

Demokratische Bestrafung säumiger Wähler.

Im Gegensatz zur Nummer vom 28. April, in welcher behauptet wird, daß über alle Bedenken in den Reihen der demokratischen Wähler die alte Disziplin den Sieg davongetragen und jegliche Unzufriedenheit in den Hintergrund gedrängt habe, hält Slovenski Narod in seiner Nummer vom 1. Mai ein Strafgericht über die säumigen Wähler und droht ihnen mit politischer Achtung und wirtschaftlicher Peitsche. Es heißt da unter anderem: Zu den Folgen der Wahlabstinenz gehört auch, daß die demokratische Partei niemanden als den ihrigen anerkennen kann, zumal in einem solchen Falle, wo er an sie appelliert und von ihr Hilfe verlangt. Keine Partei kann sich rühmen, soviel geleistet und soviel erreicht zu haben als die demokratische Partei. Die unleugbaren Begünstigungen, wie sie heute die öffentlichen Angestellten, die höheren und die niedrigen genießen, die Position, die heute z. B. unsere Lehrerschaft innehat: dies alles und noch manches andere ist ein unwiderlegliches Verdienst der demokratischen Partei. Die Wahlenthaltung darf daher nicht ohne Kritik und ohne Folgen bleiben. Die örtlichen Organisationen mögen ein genaues Verzeichnis jener aufstellen, die zuhause geblieben sind und jener, die unsere Partei gewählt haben; denn keine Wahl ist so geheim, daß sich dies nicht wenigstens annähernd feststellen ließe. Das betreffende Verzeichnis muß unseren Abgeordneten, unseren Ministern und anderen führenden Persönlichkeiten vorgelegt werden. Wenn dann ein Besuchsteller kommt und an die Türen klopft und wenn er um Vermittlung und Gefälligkeiten bittet, so soll dann vor allem im Verzeichnisse nachgesehen werden, ob er wert sei, daß für ihn auch nur ein Schritt unternommen werde. — Aus diesen Ausführungen kann man sich ein ungefähres Bild malen, welche Aussichten nach demokratischer Auffassung bei ihren Anliegen jene Staatsbürger haben, welche wie z. B. die Deutschen keiner bestehenden Partei angehören, ja überhaupt nicht einmal das Wahlrecht besitzen.

Die Festsetzung der Grenzen Sloweniens.

Das Mitglied der jugoslawischen Delegation in Venedig, General Majster, ist nach Fertigstellung der Abgrenzungsarbeiten vor einigen Tagen in Bakar eingetroffen. Die Abgrenzungskommission hat die Grenzen von Venedig bis Matulje ausgearbeitet, so daß die italienisch-slowenische Grenze als fertiggestellt betrachtet werden kann. Wie aus Bakar gemeldet wird, werden die Arbeiten zur Abgrenzung Fiumes am 5. Mai von den italienischen und jugoslawischen Delegierten aufgenommen und sollen bis 10. Mai durchgeführt werden. Die Fiumaner Grenzen werden also vor dem Zeitpunkte der italienischen Parlamentswahlen festgesetzt werden.

Das österreichische Gesandtschaftsgebäude in Beograd.

Wie aus Zagreb berichtet wird, hat die Reparationskommission die Frage des Gesandtschaftsbesitzes der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in Beograd dahin entschieden, daß sie das Gebäude in den Besitz des SHS-Staates überwiesen hat. Ferner hat unser Staat zwei Jahre nach der Ratifizierung des Friedensvertrages 52, später 72 Prozent der Kohlenproduktion der Fürstlichen Kohlenreviere zu bekommen.

Sanktionen gegenüber Bulgarien.

Einer Pariser Meldung aus Sofia zufolge beabsichtigt die jugoslawische Regierung, das Beispiel nachzuahmen, welches Frankreich in der Reparationsfrage gegenüber Deutschland anwendet und auch seinerseits mit den sogenannten Sanktionen gegen Bulgarien vorzugehen. In diplomatischen bulgarischen Kreisen werde aber darauf hingewiesen, daß Bulgarien nicht mit demselben Maße wie Deutschland gemessen werden dürfe. Deutschland habe, so sagt nämlich die betreffende Pariser Quelle, die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten systematisch abgelehnt; wogegen Bulgarien, das seiner Schuldigkeit bisher in jeder Beziehung nachgekommen sei, die Grenze seiner Leistungsfähigkeit erreicht habe.

Unruhen an der serbisch-bulgarischen Grenze.

Wie das Agrarer Tagblatt aus verlässlicher Quelle erfährt, ist in der Nähe von Kumanowo ein Trupp bulgarischer Komitadschis in unser Gebiet eingebrochen. Die militärischen Kommanden und die

Gendarmerie hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Eindringlinge über die Grenze zurückzuwerfen. Die Beograder Pravda verlangt von der Regierung, in Sofia deswegen energische Vorstellungen zu erheben, weil der Verdacht bestehe, daß diese irregulären Banden von der bulgarischen Regierung unterstützt werden.

Ausland.

Der Vorwand Frankreichs für den Einmarsch ins Ruhrgebiet.

Meldungen, die Berliner Blätter aus Paris erhalten, lassen erkennen, daß die französische Regierung, die offenbar zum Einmarsch in das Ruhrgebiet unter allen Umständen entschlossen ist, im letzten Augenblick den Vorwand für diesen Einmarsch sucht und nunmehr Deutschlands angebliche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage sowie die angeblichen Vorbereitungen eines Revanchekrieges Deutschlands in den Vordergrund stellt. Grund dafür ist offenbar der Reparationskommission, daß die Nichtbezahlung der 20 Milliarden vor dem 1. Mai keine Grundlage für die Anordnung einer Sanktion abgeben darf. Dieser Beschluß, so berichtet der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatt“, ändert an den Absichten der französischen Regierung nichts, aber man erkennt jetzt, weshalb Briand seit zwei Tagen wieder die Entwaffnungsfrage als den wichtigsten Grund für die Sanktionen nennt. Die Konstruierung des deutschen Verschuldens hat diesmal versagt, obwohl, wie die „Chicago Tribune“ erzählt, Herr Dubois verzweifelt für die französische Auffassung kämpfte. Es ist auch bezeichnend, daß nur eine amerikanische Zeitung diese kleine Schlappe Frankreichs erwähnt. Die französischen Zeitungen bringen über diese Episode nichts. Obwohl Lloyd George es nach Londoner Berichten nicht eilig mit dem Beginn der Konferenz zu haben scheint und auf weitere Nachrichten aus Berlin und Washington hofft, glaubt man doch, daß er sich in gewisser Beziehung Briand gegenüber verpflichtet hat, für den Fall unzureichender deutscher Vorschläge Frankreich seine Zustimmung zu geben. Der Vertreter Amerikas werde unter diesen Umständen nicht in der Lage sein, einen wirksamen Widerstand einzuleiten. Die französischen Truppen sollen, wie gemeldet wird, am 7. Mai mit ihrem Vormarsch beginnen. Daraus geht hervor, daß für Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes der eigentliche Zweck ist und daß alle wie immer gearteten deutschen Vorschläge an dem Besetzungswillen zu scheitern prädestiniert sind.

Die tschechischen Forderungen nach Kriegsschadigung.

Die Wiedergutmachungskommission in Paris hat entschieden, daß der Kriegszustand der Tschechoslowakei gegenüber den Zentralstaaten mit dem 28. Oktober 1918 begonnen hat. Dieser Entscheid bedeutet, daß die tschechische Republik keinerlei rechtliche Schadenersatzansprüche, die über dieses Datum hinausgehen, stellen kann. In gleicher Weise lehnte der Ausschuss der Reparationskommission die Schadenersatzforderungen der Tschechoslowakei bezüglich des bolschewistischen Einfalles in die Slowakei im Frühjahr 1919 ab. Diese Nachrichten haben in der tschechischen Öffentlichkeit nicht geringe Enttäuschung hervorgerufen, da man sich dort an die Tatsache hielt, daß die tschechische Volksrevolution, der offene Kampf der Tschechen auf den Schlachtfeldern Frankreichs, Russlands und Italiens schon weit früher eingeleitet habe als vor dem Zusammenbruche der Habsburgermonarchie. Angeblich habe die Reparationskommission, hauptsächlich zufolge italienischer Argumente, diesen Beschluß deshalb gefaßt, weil die tschechischen Abgeordneten während des Krieges in Wien österreichische Politik gemacht hätten. Der Ljubljanaer Jutro glaubt aber den wahren Grund darin gefunden zu haben, daß Frankreich, um den eigenen Schadenersatz zu bekommen, die Ansprüche anderer Staaten energisch streichen müsse.

Anschluß Rumäniens an die kleine Entente.

Zeitungs Meldungen zufolge hat sich die rumänische Regierung endgültig entschlossen, der kleinen Entente beizutreten.

Aus Stadt und Land.

Die Maifeiern sind in allen Städten Jugoslawiens, den bisherigen Zeitungsberichten zufolge, ruhig und ohne Störung verlaufen.

Bereinsauflösung. Der Zweigverein des Landes- und Frauenhilfsvereines vom Roten Kreuze in Celje wurde mit der Begründung aufgelöst, daß die Bedingungen für seinen Bestand nicht mehr gegeben seien.

Der Athletik-Sportklub in Boinik bei Celje wurde, wie amtlich verlautbart wird, infolge seiner heftigen Tätigkeit aufgelöst.

Evangelische Gemeinde. Am Himmel-fahrtstage findet der Gottesdienst um 10 Uhr vormittags in der Christuskirche statt. Predigt Mitar May.

Die Wohnungskommission in Celje wurde durch folgende neue Mitglieder vervollständigt: Karl Gregorič, Hausbesitzer, M. Cepin, Beamter und Johann Šubic, Regierungskonzipist.

Neue Aufschriften auf den Stationen. Der Verkehrsminister V. Janovič hat angeordnet, daß innerhalb eines halben Monats alle Stationen auf dem ganzen Gebiete des Königreiches die neuen Aufschriften zu tragen haben und zwar in cyrillischer und lateinischer Schrift. Größere Grenzstationen müssen überdies französische Aufschriften anbringen.

Die neuen Postgebühren. Mit 1. Mai sind die neuen Postgebühren, die wir im Inseratenteil unserer Nummer am 23. April veröffentlicht haben, in Geltung getreten. Wir machen neuerdings darauf aufmerksam, weil es im Interesse der Öffentlichkeit liegt, den Geltungstermin der neuen Gebühren zu beachten, um Strafportogelder zu vermeiden.

Die Straße Maribor—Radkersburg.

Der Minister für öffentliche Bauten hat erklärt, daß die Straße zwischen Mured und Sv. Jli gebaut werde und daß zu diesem Zwecke bereits ein Kredit von zwei einhalb Millionen Kronen genehmigt worden sei.

Wechsel im Mariborer Wohnungsausschuss. Der Bevollmächtigte für soziale Fürsorge in Ljubljana, Herr Ribnikar, hat den bisherigen Vorsitzenden der Wohnungskommission in Maribor Oberstleutnant Vidmar auf dessen eigenes Ansuchen seines Amtes enthoben und mit der vorläufigen Leitung der Amtsgeschäfte Professor Voglar betraut.

Anglücksfall. Aus Brezice wird uns geschrieben: Im Dorfe Gorni Obres, Gemeinde Artice bei Brezice, wurden Maibaume gesetzt und bei dieser Volksbelustigung mit Böllern geschossen. Der fünfzigjährige Müller und Hausbesitzer Sekorania lud einen Mörtler und bearbeitete ihn mit einem Hammer. Es erfolgte eine Explosion und durch die Sprengstücke wurden Sekorania, der 23jährige Michael Serjovič, der 14jährige Jakob Golič und der sechs-jährige Alois Kocian verwundet. Jakob Golič erlitt eine schwere Verwundung, da ihm die Explosion den Fuß wegriß. Die vier Verunglückten wurden in das Spital von Brezice überführt. Drei andere Personen, die leichtere Verletzungen davontrugen, befinden sich in häuslicher Pflege.

Wirtschaft und Verkehr.

Ein deutsch-jugoslawisches Schiedsgericht. Wie die Zagreber Handels- und Gewerbekammer meldet, wurde dieses Gericht dieser Tage im Sinne des Paragraphen 304 des Versailler Friedensvertrages mit Deutschland konstituiert. Zum Präsidenten wurde ernannt Professor Logost aus Genf, die Mitglieder sind von unserer Seite Dragoljub Arangelovič, Universitätsprofessor aus Beograd, von deutscher Seite Dr. Denning. Die Kompetenz des Schiedsgerichtes bezieht sich im Sinne des zitierten Paragraphen des Versailler Vertrages auf Unstimmigkeiten jeder Art, die auf privatrechtliche Verträge Beziehung haben und die zwischen unsern und deutschen Staatsbürgern vor Inkrafttreten dieses Vertrages geschlossen worden sind. Die Abteilung III bespricht die privatrechtlichen Schulden und Forderungen zwischen Deutschland und einer alliierten oder assoziierten Macht. Die 4. Abteilung bespricht die Güter, Rechte und die Interessen, die 5. privatrechtliche Verträge, Verjährung, Urteile und Versicherungsverträge, die 7. behandelt die Fragen über den Schutz des gewerblichen Besitzes. Jedes gemischte Wahlgericht bringt im Sinne des Nachtrages zum Paragraphen 304 des Versailler Vertrages selbst die das Verfahren betreffenden Statuten.

Jugoslawien und die Sanktionen. Der Agrarer „Ergovinski list“ klagt darüber, daß die Regierung den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland beiträt, obwohl zum Beispiel Rumänien eine Teilnahme aus volkswirtschaftlichen Gründen entschieden abgelehnt habe. Jugoslawien habe schon dadurch

Schicht



Die echte „Schicht-Seife“, Marke „Hirsch“

trägt nebenstehende Schutzmarke. Achten Sie beim Einkaufe darauf und lassen Sie sich nicht billigere Waschmittel ausfolgen, die nur äußerlich Schicht-Seife ähneln.

Vertretung für Slovenien bei J. GLOBOČNIK & COMP. in Ljubljana.

schwere Verluste erlitten, daß Frankreich den Abschluß eines südslawisch-deutschen Handelsvertrages verhindert hat, denn Südslawien könne eine ganze Reihe von Artikeln, die es notwendig braucht, nirgends so billig und zu so kulantem Bedingungen erhalten wie in Deutschland. Der Beitritt zu den Sanktionen werde der südslawischen Wirtschaft ungeheure Schäden zufügen, ohne irgendwelche Vorteile zu bieten. „Die Verbündeten verlangen von uns unanhörlich Opfer, leisten uns aber nicht die geringste Hilfe. Die Regierung sollte endlich den Verbündeten klar machen, daß sie Südslawien entweder entgegenkommen müssen oder ihm freie Hand lassen, seine Interessen selbst zu wahren.“

Ein Staatsanlehen zur Hebung des Handels und des Gewerbes. Der Ministerrat hat den Betrag von 100 Millionen Dinar votiert, welcher den Kaufleuten, ferner den Importeuren und Exporteuren sowie Gewerbetreibenden ausbezahlt werden soll. Das Anlehen wird auf Grund des Antrages seitens der Handels- und Gewerbestammern angewiesen werden.

Das neue Geld. Im Jahre 1916 wurde in Frankreich die Prägung von Silbergeld im Betrage von 15 Millionen Dinar und zwar in Stücken zu 2, 1 und $\frac{1}{2}$ Dinar bestellt. Die erste Partie dieses Geldes wurde am 31. Dezember 1915 aus Frankreich expediert, die letzte 1917. Die Prägung des Geldes kostete den Staat aber 8 einhalb Millionen französischer Franken. Der damalige Finanzminister bestellte im Einvernehmen mit der Regierung in Amerika Nickelgeld im Betrage von 1,750.000 Dinar in Stücken zu 5, 10 und 20 Para Dinarwährung. Die ganze Bestellung kostete den Staat 155.000 Dollar. Diese Bestellung erfolgte 1915, doch als das Geld nach Saloniki kam, wurde es dort durch einen großen Brand beschädigt, sowohl das Nickel- und Silbergeld als auch die Noten zu 5 Dinar. Gleich nach der Vereinigung wurde das Geld nach Niš überführt und erreichte vor kurzer Zeit Beograd. Im Finanzministerium wurde das Silber- und Nickelgeld dieser zwei Bestellungen durchgesehen und durchgezählt. Einem Beschlusse des Finanzministeriums zufolge wird das ganze Silbergeld, welches durch das Feuer keinen Schaden erlitten hat, bei der Nationalbank deponiert und in der entsprechenden Höhe für Noten eingewechselt werden. Das Nickelgeld wird auch weiter in den Tresors des Finanzministeriums bleiben und wird nicht dem Verkehr übergeben werden. Auch die weitere Prägung von Nickelgeld zu 25 Para, die in Wien bestellt war, wird eingestellt werden. Die bis jetzt geprägte Menge dieses Geldes wird dem Verkehr ebenfalls nicht übergeben, weil es mehr als sicher ist, daß sie in kurzer Zeit ins Ausland gebracht wird. Im Umlaufe verbleibt nur das Kleingeld zu 5 und 10 Para, welches aus der Samalegierung geprägt worden ist. Einige Waggons dieser Münzen sind

schon in die neuen Provinzen abgegangen, die nächste Partie von vier Waggons ist für Beograd und Serbien bestimmt.

Unsere politisch-wirtschaftlichen Sünden. Unter dieser Aufschrift schreibt der Ergovski List: In unserer Volkswirtschaftspolitik begehen wir Sünden und Fehler, die unserem politischen und wirtschaftlichen Leben großen Schaden verursachen. Unsere größte Sünde ist es, daß wir selbst wirtschaftliche Fragen und Probleme nicht sowohl vom Standpunkt der Staatsinteressen als vielmehr von dem der Parteinteressen und des persönlichen Nutzens betrachten. Der zweite arge Fehler ist der ständige Wechsel der Zentralregierung und die Weise, wie die Ministerportefeuilles vergeben werden. Bei der Zusammenfassung der Regierung kommt nämlich nicht die sachmännische Tüchtigkeit der Ministerkandidaten in Betracht, sondern es fragt sich immer nur, welcher Ministerposten leer ist. Bei solchen Verhältnissen wäre es notwendig, die wichtigsten Ministerien zu neutralisieren. Zumindest aber kann man fordern, daß die Einrichtung sachmännisch gebildeter Unterstaatssekretäre eingeführt werde, die als solche von den Parteien und deren Wechsel in der Zentralregierung unabhängig wären. Zu den Uebeln, gegen die gekämpft werden muß, gehört die Unbeständigkeit unserer Tarifpolitik auf dem Gebiet der Zölle, Abgaben, Monopole usw. Heute gilt ein Tarif, nach wenigen Monaten wird ein anderer eingeführt. Eine Verordnung löst die andere aus und ändert alles um, so daß kein regelmäßiger Verkehr möglich ist. Durch diese Politik erwecken wir das Mißtrauen des Auslandes, welches bei unserer Unbeständigkeit mit uns nicht rechnen kann. Aus diesem Grunde war es uns unmöglich, im Auslande eine Anleihe zu machen und auch eine innere Anleihe dürfen wir nicht wagen, weil auch unsere Finanzkreise der Finanzverwaltung mißtrauen.

Die Magazine des Ernährungsministeriums. Dem Beschlusse des Ministerrates gemäß hat das Ministerium für Sozialpolitik endlich die Liquidierung der Magazine des Ministeriums für Ernährung und Wiederaufbau begonnen. In diesen Magazinen ist Ware im Werte von 20 Millionen Dinar angehäuft.

Getreidenausfuhrverbot in der Boiwodina. Da unsere Regierung die Ausfuhrverbote für Lebensmittel und Futter noch nicht aufgehoben hat, ist in dem Handel mit Feldprodukten ein völliger Stillstand eingetreten. Kaufleute und Ackerbauer werden einen großen Schaden erleiden, während nur verschiedene Spekulanten und Preisreiber auf ihre Rechnung kommen werden, die das Getreide, besonders Weizen, ohne jede Konkurrenz aufkaufen. An der Grenze stehen beladene Schiffe, die nirgendhin können, weil sie dort das Verbot der Ausfuhr auf unbestimmte Zeit erreicht hat, das ist also auf so lange, bis sich die Aussichten auf die kommende Ge-

treideernte gebessert haben. Was mit dieser Ware zu geschehen hat, weiß bis jetzt niemand zu sagen. Fest steht jedenfalls das Eine, daß das Verbot nur für jene Getreidemenge eine Berechtigung hat, die wir für unser Brot brauchen, während man den Ueberschuß ausführen und verkaufen müßte, denn das erfordern die Interessen unseres Ackerbaues und der ganzen Volkswirtschaft. Wenn nicht anders, müßte man wenigstens den Ueberschuß an Weizen vom Ausfuhrverbot frei machen, der über unseren Bedarf zurückbleibt und den wir nicht werden verbrauchen können, wohl aber werden wir die ausländischen Märkte und das Vertrauen des Auslandes zu unserem Handel verlieren. In Handelskreisen trägt man sich noch immer mit der Hoffnung, die Regierung werde die Ausfuhr von Lebensmitteln bewilligen und nur jene Menge Getreide unter das Verbot stellen, die uns für Brot und Mehl notwendig ist. (Ergovski List.)

Ausfuhr von Rind- und Büffelsteif. Laut Zirkularverordnung des Finanzministers an sämtliche Zollämter ist die Ausfuhr von lebendem Rindvieh und Büffeln, die pro Stück ein größeres Gewicht als 500 Kilogramm haben, gestattet, wobei die Kühe älter als acht Jahre und die Büffeln älter als drei Jahre sein müssen. Bewilligt wurde ferner die Ausfuhr von frischem Rind- und Büffelsteif, jedoch nicht nach Gewicht, sondern pro Stück nach Entrichtung eines Zolles von 300 Dinar pro Rind oder Büffel.

Lieferung verschiedener Materialien. Die königliche Arsenalleitung in Livit wird einer Meldung der Zagreber Handels- und Gewerbestammern zufolge am 25. Mai d. J. eine Offertizitation für die Lieferung von verschiedenen Materialien der Schiffsbau- und der elektrischen Branche abhalten. Das Material ist auf folgende Gruppen verteilt worden: 1. Stoffe, Leinwand, Seile und Zubehör für Segel und Tapissierarbeiten. 2. Elektrisches Material mit den dazugehörigen Werkzeugen. 3. Chemikalien. 4. Baumaterial. 5. Holz. 6. Farben. 7. Verbrauchsmaterial. 8. Schreiner- und Schiffsbauwerkzeug. 9. Schrauben, Nägel und Nägel. 10. Blech und Eisenbahn. Näheres bei der Marinestation in Zagreb, Nova ves Nr. 18, beziehungsweise bei der besagten Kammer (Zimmer Nr. 7 von 11—12 Uhr).

Russisches Gold in Schweden. Die im englischen Unterhause vorgebrachte Beschwerde, daß Schweden russisches bolschewikisches Gold, das für die Vereinigten Staaten bestimmt war, umgeschmolzen habe, veranlaßte die schwedische Münze zur Erklärung, daß im Vorjahre 19 Tonnen bolschewikisches Gold, davon drei einhalb Tonnen gemünztes Gold, umgeschmolzen worden sind. Im Jahre 1919 sind 70 Tonnen zur Umschmelzung angemeldet worden. 1920 wurden in Schweden ungefähr 700 Millionen bolschewikisches Gold umgeprägt.

Freiwillige öffentliche Lizitation

Am Samstag den 7. Mai um 8 Uhr Vormittag findet in der Benjamin Ipavčeva ulica Nr. 10 im Hofe eine freiwillige Lizitation von Möbeln, Küchengeräten, verschiedenem Hausrat usw. statt.

Zu verkaufen

eisernes Bettgestell, alte Kleider, Stiefelhölzer, Rollstuhl und anderes. Krekov trg 6, 1. Stock rechts.

Drucksachen



für Aemter, Handel, Industrie und Gewerbe liefert in bester Ausführung
Vereinsbuchdruckerei Celeja, Celje

Tüchtiger energischer Betriebsleiter

mit langjähriger Erfahrung in Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitung, Motoren, Dampfmaschinen, Mühlen- und Transmissionsbau, mit modernen rationellen Arbeitsmethoden sowie Betriebsführung und Kalkulation bestens vertraut, sucht entsprechende Stellung. Gefällige Angebote erbeten unter „Vielseitig 27010“ an die Verwaltung des Blattes.

Klavier

(Proksch-Stutzflügel) zu verkaufen. E. Pfeffer, Maribor, Čopova ulica 11, Tür 1.

Herrenzimmer

aus Hartholz, sammt Klubgarnitur und Tisch, fasst neu, wegen Raum-mangel billig zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 27006

Pelargonien

in den schönsten Farben für Balkone sowie verschiedene Blumen u. Pflanzen zu haben in der Gärtnerei Zelenko, Ljubljanska cesta.

Maschinschreibunterricht

nach dem Zehnfingersystem, in Slowenisch und Deutsch, erteilt Frau Fanny Blechinger, Lev stikova ul. 1.